

Michael Grandt

„Staatsgeheimnis NGO-Finanzierung: Milliarden an Steuergeldern für linke und linksextreme Aktivisten“

Dr. h.c. Michael Grandt (Jahrgang 1963) arbeitet seit 1992 als investigativer Journalist, Publizist und Fachberater für die Themenbereiche Wirtschaft, Finanzen und Zeitgeschichte. Er hat an zahlreichen Fernsehreportagen u. a. für die britische BBC, den kanadischen Channel 4, den österreichischen ORF sowie die deutschen Sender RTL, SAT 1 und PRO 7 mitgearbeitet; in vielen TV-Talkshows ist er als Experte aufgetreten. Michael Grandt hat über 5000 Fachcontents verfasst und bisher 34 Bücher publiziert. Die verkaufte Gesamtauflage beträgt über 750.000 Exemplare. Seine Bücher, die er häufig im Kopp Verlag veröffentlicht, standen bisher über hundertmal auf den deutschen und österreichischen Bestsellerlisten (Spiegel, Focus, Stern, Manager Magazin und Handelsblatt).

Im Jahr 2005 wurde Michael Grandt die Staufermedaille für besondere Verdienste um das Land Baden-Württemberg verliehen. 2011 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der staatlichen rumänischen Universität Pitești für „angewandte Journalismus Wissenschaften“ im Bereich der investigativen Recherche geehrt. 2014 wurde sein Artikel „Warum gibt es Aktiengesellschaften?“ in das Schulbuch „Startup – Wirtschaft und Recht für das Gymnasium Band 1“ des C.C. Buchner Verlages in Bamberg aufgenommen. Sein 2019 veröffentlichter Roman „Das Merkel-Attentat“ (mit Alexander Strauß), seine mehrbändige Sachbuch-Reihe „Adolf Hitler, eine Korrektur – was Ihnen die Geschichts- und Schulbücher verschweigen“, „Ohne SPD wäre Hitler nicht an die Macht gekommen“ (2021), „Junge globale Führerin. Annalena Baerbock: Wer sie ist. Wer sie steuert. Was sie will“ (2021), sowie „Schlachtfeld Ukraine: Angriffs- oder Präventivkrieg?“ sorgten für Empörung beim Mainstream.

Den meisten Lesern wird NGO ein Begriff sein, doch was sich wirklich dahinter verbirgt, ist den meisten unklar. Der kritische Autor Michael Grandt bringt Licht ins Dunkel. In seinem neuesten Buch „Staatsgeheimnis NGO-Finanzierung: Milliarden an Steuergeldern für linke und linksextreme Aktivisten“ beschäftigt er sich mit den „neutralen“ NGOs und deren Hintergründe, Finanzierung, politischen (linken) Einflussnahme, Verbindungen und einzelnen Organisationen. Der Autor nimmt hier eine detaillierte Analyse der Nichtregierungsorganisation (NonGovernmental Organizations, NGOs) vor. Das Credo von Michael Grandt lautet:

***„Die Wahrheiten, die wir am wenigsten gern hören, sind diejenigen,
die wir am nötigsten kennen sollten.“***

Chinesisches Sprichwort

Als neutraler Journalist lässt Michael Grandt beide Seiten in seinem Buch zu Wort kommen, ungewöhnlich für Mainstream-Medien sowie das linke Politestablishment, wo jegliche andere Sicht als „rechts“ dämonisiert wird und Menschen, die dem woken Narrativ widersprechen, stigmatisiert werden.

„Ich habe in meinen Recherchen keine einzige NGO und kein einziges staatlich gefördertes Projekt gefunden, das sich gegen links richtet, obwohl der Linksextremismus schlimmere Blüten treibt denn je. Desgleichen habe ich kein einziges konservatives Projekt entdeckt, das gefördert wird. Allein das sagt alles aus!“

Michael Grandt

Wenn man eine NGO (Nichtregierungsorganisationen) politisch korrekt beschreibt, dann ist es eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die sich für soziale, humanitäre oder ökologische Zwecke einsetzt. Sie agiert unabhängig von staatlichen Strukturen und verfolgt das Ziel, gesellschaftliche Missstände zu bekämpfen, Menschenrechte zu schützen oder nachhaltige Entwicklungsprojekte zu fördern. Infolgedessen arbeitet sie normalerweise selbstständig und ist nicht an staatliche Institutionen gebunden. Sie verfolgt keine kommerziellen Interessen, sondern setzt sich für das Wohl der Gesellschaft ein. Ihre Mittel stammen aus Spendengeldern, Mitgliedsbeiträgen oder nationalen und internationalen Förderprogrammen. Ihre Themen sind vielfältig, NGOs engagieren sich unter anderem im Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Flüchtlinge, Klima und Gesundheitsversorgung. Beispiele für große bekannte NGOs sind Attac (Regulierung der Finanzmärkte und soziale Gerechtigkeit), Amnesty International (Menschenrechte und politische Gefangene), Ärzte ohne Grenzen (medizinische Hilfe in Krisen- und Kriegsgebieten), Greenpeace (Umweltschutz und Klimawandel) sowie Rotes Kreuz (medizinische Versorgung in Notlagen, Katastrophenhilfe). Zu den bekannten linken NGOs zählen unter anderem Friday for Future (Klimaschutz, Klimawandel), Pro Asyl (Flüchtlingsrechte und humane Asylpolitik), Seebrücke (Seenotrettung, Flüchtlingsrechte), BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und die bereits erwähnten Attac, Amnesty International (Deutschland) und Greenpeace. Des Weiteren Correctiv, HateAid, Amadeu Antonio Stiftung, DGB, Ver.di, Campact e. V., Foodwatch, Omas gegen Rechts, Terres des Hommes und viele mehr.

„Regierung gibt zu: Wissen nicht, wo NGO-Geld hingeht.“

Jens Ulrich Eckhard und Jan W. Schäfer, Bild

Der zunehmende Einfluss von Nichtregierungsorganisationen auf gesellschaftspolitische Debatten und politische Entscheidungen nimmt stetig zu. Ihre Macht auf den Straßen ist sichtbar, schnell werden Hunderttausende Menschen mobilisiert, sobald Treffen oder Demonstrationen

stattfinden, die dem linken Narrativ widersprechen. Deren Förderung mit Steuergeldern betrifft linke Organisationen, die sich gegen die konservative Opposition in Stellung bringt, indem sie gegen Andersdenkende hetzt. Dass ausgerechnet sie laut Koalitionsvertrag weiterhin Geld einheimsen über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist aus Sicht des Autors ein Skandal. Der Name Nichtregierungsorganisation ist daher unzutreffend, denn in Wirklichkeit agieren diese Organisationen für den Staat statt unabhängig. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert eine linke Ideologie, denn bei den geförderten Projekten handelt es sich um eine links-grün-rot-woke-bunte Provenienz. Auch für Verfassungsrechtler, die Michael Grandt ebenfalls befragt hat, sind NGOs getarnte Instrumente, die die Gesellschaft in eine gewünschte Richtung steuern. Dass kein großes Interesse besteht, diese Praxis öffentlich auseinanderzunehmen, ergibt sich von selbst, denn sie dient allein dem Machterhalt. Diese politische Instrumentalisierung hauptsächlich linker NGOs ist aber kein neues Phänomen, denn in vielen nach außen hin „gemeinnützigen“ Vereinen und Netzwerken sitzen politische Aktivisten, die bei Gelegenheit für die „richtige Sache“ auf die Straße gehen, indem sie demonstrieren, protestieren oder auch medienwirksam Stellung beziehen. Normalerweise sollte sich eine „Zivilgesellschaft“ aus allen politischen Spektren zusammensetzen und nicht ausschließlich von Linksradikalen oder sogar Linksextremen unterwandert sein. Im Umkehrschluss stellt sich die Frage, was sich hinter dem linken Kampfbegriff „Zivilgesellschaft“ überhaupt verbirgt.

„Gerade in den Ministerien der Grünen haben sich NGOs wie Kraken ausgebreitet. Greenpeace sitzt im Außenministerium und Attac im Wirtschaftsministerium. Das geht so nicht.“

Markus Söder, CSU, Ministerpräsident von Bayern

Ein wesentlicher Kritikpunkt an den NGOs ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Während der Corona-Politik traten einige der erwähnten Organisationen als Schutzschild der Regierung gegen Proteste auf. Konservative und linke Kritiker einer schon damals unangemessenen Politik wurden diffamiert. Im Januar 2025 brachte die CDU/CSU erstmalig einen Antrag mit einer Abstimmung mit der AfD durch, dabei ging es um strengere Regeln für Asylbewerber. Die Grenzen sollten stärker kontrolliert, die Flüchtlinge schneller in ihre Heimat abgeschoben werden. Grüne und SPD warfen der Union vor, die gemeinsame Vereinbarung gebrochen zu haben, weil sie den „Rechtsextremen“ zustimmten. Die Union wurde daraufhin medial und politisch in die rechte Ecke gestellt, was wiederum vom linken Fußvolk unreflektiert übernommen wurde.

Hunderttausende gingen im Februar 2025 auf die Straßen, um „gegen rechts“ und „für die Demokratie“ zu demonstrieren und um „Haltung“ zu zeigen. Die dort verbreiteten Botschaften und linken Narrative waren und sind für einen wahren Demokraten jedoch äußerst bedenklich. Der Journalist Tobias Riegel von den als „rechts“ geframten *nachdenkseiten* schrieb dazu einen Kommentar, in dem er kritisierte, dass sich ein *„kleiner, aber lauter Teil der Bürger als die einzig*

berechtigten Vertreter ‚der Demokratie‘ darstellen und sie dabei tatkräftig von Regierungspolitikern und großen Medien unterstützt werden. Demos im Sinne von Regierungspolitikern, angefacht von etablierten Medien – das soll ‚Protest‘ sein?“.

Die Demoteilnehmer der Demos sollten nicht alle über einen Kamm geschert werden, doch viele von ihnen waren und sind aus Sicht des Autors rot-grün-woke verblendet. Ihr Verhalten ist „Heuchelei“, wenn sie gegen „rechts“ demonstrieren, aber in der Ukraine Neonazis in Armee, Militärführung und Parlament tolerieren. Wenn sie sich für eine Verlängerung des Ukraine-Krieges aussprechen und dadurch weitere Tote in Kauf nehmen. Wenn sie sich für eine Politik der Aufrüstung einsetzen und weitere Messer- und Anschlagstote durch Aufnahme von immer mehr Flüchtlingen provozieren. Oder wenn sie die Corona-Politik, die Tausende Menschen geschädigt hat, stillschweigend hinnehmen und deren Kritiker als „Rechte“ diffamieren.

„Wenn eine Organisation also wesentliche Teile ihrer Mittel aus staatlichen Quellen bezieht und politische Programme umsetzt, die mit Regierungsinteressen übereinstimmen, stellt sich die Frage, ob sie noch als NGO gelten kann oder bereits eine Regierungsorganisation darstellt. Daher sollten NGOs, die staatliche Mittel erhalten, offenlegen, inwieweit sie durch politische Vorgaben beeinflusst werden oder, was noch wichtiger ist, inwieweit sie selbst die Politik beeinflussen. Bitte behalten Sie diesen Punkt im Hinterkopf.“

Michael Grandt

Zahlreiche Organisationen werden in Deutschland über Mittel des Bundes, der Länder, der EU oder anderer spezifischer Förderungen wie beispielsweise Stiftungen mit staatlicher Beteiligung oder einer Bundesoberbehörde wie die Bundeszentrale für politische Bildung finanziert. Geld gibt es außerdem über Kanäle wie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA). Andere Formen von Förderungen sind private Spenden und Mitgliedsbeiträge, Stiftungen und Förderprogramme sowie Einnahmen aus wirtschaftlichen Aktivitäten. Wichtig ist hier auch noch einmal die Abgrenzung von NGOs und GOs (Regierungsorganisationen): Die Grenzen sollten eigentlich streng gezogen werden in den Bereichen Finanzierung, strukturelle Unabhängigkeit, Entscheidungsautonomie und rechtlicher Status.

Die politische Einflussnahme vermeintlich „neutraler“ NGOs erstreckt sich auch auf das Thema Flüchtlinge. Mehr als 130 NGOs sind berechtigt vorzuschlagen, wer nach Deutschland kommen soll. Die Liste der meldeberechtigten NGOs ist deutschen Sicherheitsbehörden jedoch nicht bekannt, obwohl diese für die Sicherheitsprüfung zuständig sind. Über 75 Organisationen und Bündnisse fordern eine wirksame Kontrolle digitaler Plattformen. Das bedeutet Forderungen nach immer mehr Zensur und Meinungsbeschränkung. Jegliche „andere“ Meinungen als die ihrige soll sofort als Desinformation oder als „Hassrede“ stigmatisiert werden. Anhand des Beispiels „DGB und Antifa“ wird das deutlich. DGB-Organisationen haben in den letzten Jahren staatliche Förderungen in Millionenhöhe erhalten. Es

stellt sich daher die Frage, ob der DGB ebenfalls eine NGO ist. Das dem so ist, dafür sprechen zwei Argumente: Der DGB wird bei der Finanzierung von NGOs von der Bundesregierung aufgeführt. Der DGB selbst schreibt, dass sich Gewerkschaften auf betrieblicher und nationaler Ebene für faire Arbeitsbedingungen einsetzen, sie und andere Nicht-Regierungsorganisationen aber auch auf internationaler Ebene für gute Arbeit aktiv sind. Die Frage ist damit beantwortet. Ein „Antifa-Ratgeber“ wird von der DGB-Jugend Niederbayern durch Steuergelder mitfinanziert, einer von vielen Hinweisen (auf die im Buch eingegangen wird), dass zwischen beiden Organisationen eine Verbindung besteht.

„Die NGOs sind in Deutschland längst ein Staat im Staate – und greifen, von der Bundesregierung mit Steuergeldern finanziert, in die demokratische Willensbildung ein. Wer eine andere Politik in Deutschland will, muss die manipulative Macht dieser verfassungswidrigen Institutionen brechen.“

Andreas Rosenberger, Welt

Eine Infiltration des Systems von links kann nicht verleugnet werden, am Beispiel „Demokratie leben!“ wird das besonders deutlich. Die NGOs führen Evaluierungen für die Regierung durch und geben Informationen an diese weiter. Eine solche enge Beziehung führt dazu, dass die NGO einen immensen Einfluss hat auf das öffentliche Interesse und die demokratischen Normen. Laut Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) im sogenannten Antifa-Urteil, darf eine gemeinnützige NGO keine politischen Zwecke verfolgen, keine gezielte Einflussnahme auf die politische Willensbildung und öffentliche Meinung nehmen oder durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen in politische Entscheidungsprozesse eingreifen. Ebenso wenig sollte sie parteipolitisch agieren oder sich mit spezifischen Positionen identifizieren.

Abschließend fordert der Autor unter anderem, den Organisationen Correctiv, Amadeu Antonio Stiftung sowie HateAid die Gemeinnützigkeit und Förderung durch Steuergelder zu entziehen und alle anderen NGOs zu überprüfen auf genannte Verstöße. Eine Gemeinnützigkeit und Förderung durch Steuergelder sollten nur noch die NGOs erhalten, die wirklich politisch neutral sind und keine Vorfeldorganisationen der Regierung darstellen. Michael Grandt ist es mit diesem Buch gelungen, das Zusammenspiel zwischen linken Vereinen, Bündnissen, NGOs und den ihnen gewogenen Ministerien aufzudecken. Die sogenannte Demokratieförderung ist vielmehr eine „Demokratiezerstörung“, wenn über 10 Millionen Wähler einer demokratisch-legitimierten Partei und alle anderen konservativ Denkenden an den Pranger gestellt werden. *„Doch was immer sie tun, wird Werbung für diese Publikation sein, und für diese kostenlose Werbung bedanke ich mich im Voraus.“*

„Es ist höchste Zeit, diesen Sumpf endlich auszutrocknen!“

Michael Grandt

Im Auftrag von „Ärzte für Aufklärung“ schreibt [Katja Komsthöft](#) Rezensionen von Büchern, die wir aktuell für lesenswert erachten.



„Staatsgeheimnis NGO-Finanzierung: Milliarden an Steuergeldern für linke und linksextreme Aktivisten“

Michael Grandt

ISBN-13: 978-3989921184

Gebundene Ausgabe: 352 Seiten

Herausgeber: Kopp Verlag e.K.

23,00 Euro